



## Europa-Info-Mail

für das Münsterland . Dezember 2007

**Dr. Markus Pieper, MdEP**



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,

das Jahr 2007 neigt sich seinem Ende zu. Rückblickend kann ich sagen, dass es ein sehr erfolgreiches Jahr auf europäischer Ebene gewesen ist.

Ein Höhepunkt war sicherlich die neue vertragliche Grundlage, die Europa in Zukunft wieder handlungsfähiger machen wird. Der Vertrag von Lissabon wurde am vergangenen Donnerstag von den 27 Staats- und Regierungschefs feierlich unterzeichnet. Jetzt hoffen wir, dass die einzelnen Mitgliedstaaten den Vertrag bis 2009 ratifizieren werden, damit er spätestens bei den nächsten Europawahlen 2009 in Kraft treten kann.

Auch für mich als Abgeordneter des Europäischen Parlaments war das Jahr 2007 ein positives Jahr. Mein Bericht über die "Auswirkungen zukünftiger Erweiterungen auf die Wirksamkeit der Regionalpolitik" im Ausschuss für regionale Entwicklung, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, hat gezeigt, dass es aus strukturpolitischer Sicht eine Alternative zu einer Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union gibt. Damit hat das Europäische Parlament ein deutliches Signal gesetzt. Ferner gelang es für meinen zweiten Jahresschwerpunkt - die drohende EU-Bodenschutzrichtlinie - das Subsidiaritätsprinzip zu wahren und die Gesetzgebungskompetenz in diesem Bereich weitestgehend auf nationaler Ebene zu belassen.

Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit und Ihr Interesse an den europäischen Themen. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Start in das Jahr 2008!

Mit freundlichen Grüßen

Markus Pieper, MdEP



**Dr. Markus Pieper, MdEP**

Europäisches Parlament . Rue Wiertz, ASP 15 E 217 . B-1047 Brüssel

Telefon +32-2-284.53.05 . Fax +32-2-284.93.05

markus.pieper@europarl.europa.eu . www.markus-pieper.eu

# Europa-Info-Mail

für das Münsterland. Dezember 2007

Dr. Markus Pieper, MdEP



**CDU**

## Inhaltsverzeichnis (1)

<b>Thema des Monats</b>	<i>Seite 4</i>
_ EU-Bodenschutz vor dem Aus?	<i>Seite 4</i>
<b>Aus den europäischen Institutionen</b>	<i>Seite 5</i>
_ EU beschließt Öffnung der Grenzen zu neuen EU-Staaten	<i>Seite 5</i>
_ EU-Reformvertrag	<i>Seite 5</i>
_ Feierliche Proklamation der EU-Grundrechtecharta	<i>Seite 5</i>
<b>Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz</b>	<i>Seite 6</i>
_ EU Abfallrahmenrichtlinie	<i>Seite 6</i>
_ EU-Kommission kündigt Weißbuch zum Klimawandel an	<i>Seite 6</i>
_ Pflicht zur Flächenstilllegung wird aufgehoben	<i>Seite 6</i>
_ Schulmilch	<i>Seite 7</i>
_ Wohin fließen die EU-Gelder?	<i>Seite 7</i>
_ Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik	<i>Seite 7</i>
_ SMS-Gebühren	<i>Seite 8</i>
_ Roaming	<i>Seite 8</i>
<b>Wirtschaft, Energie und Verkehr</b>	<i>Seite 9</i>
_ Fußgängerschutz	<i>Seite 9</i>
_ Meisterberufe	<i>Seite 9</i>
_ EU-Portal für Unternehmen	<i>Seite 9</i>
_ Energie-Effizienz	<i>Seite 9</i>
_ Telekom-Reformpaket	<i>Seite 10</i>
_ Digitale Dividende	<i>Seite 10</i>
_ Breitbandentwicklung	<i>Seite 10</i>
<b>EU-Erweiterung</b>	<i>Seite 11</i>
_ Kroatien in entscheidender Phase der Beitrittsverhandlungen	<i>Seite 11</i>
_ Türkei: Vollmitgliedschaft nicht wünschenswert	<i>Seite 11</i>
<b>Kommunales</b>	<i>Seite 12</i>
_ Städtischer Nahverkehr	<i>Seite 12</i>
_ Bürokratieabbau	<i>Seite 12</i>
_ Europa wird kommunaler	<i>Seite 13</i>
_ Vergabeverfahren - Einspruchsrechte	<i>Seite 13</i>
_ Güterverkehrslogistik - Stadt	<i>Seite 14</i>



# Europa-Info-Mail

für das Münsterland .Dezember 2007

Dr. Markus Pieper, MdEP

## Inhaltsverzeichnis (2)

<b>Förderung und Termine</b>	<i>Seite 15</i>
_ Jugend in Aktion	<i>Seite 15</i>
_ Neue Broschüre zu EU-Förderprogrammen	<i>Seite 15</i>
_ Europa für Bürgerinnen und Bürger	<i>Seite 15</i>
_ Städtepartnerschaften	<i>Seite 15</i>
<b>Regionales</b>	<i>Seite 16</i>
_ "Münsterland Marketing" soll Forschungsstandort Münsterland stärken	<i>Seite 16</i>
_ Arbeit für das Münsterland	<i>Seite 16</i>
_ Zu Besuch in Brüssel und Straßburg	<i>Seite 17</i>
<b>Zu guter Letzt ...</b>	<i>Seite 18</i>
_ Opferrente für politische Häftlinge in der DDR	<i>Seite 18</i>
_ Informationsnetzwerk "EuropeDirect"	<i>Seite 18</i>

## Thema des Monats

### **EU-Bodenschutz vor dem Aus?**

Deutschland und Großbritannien sperren sich

Das Vorhaben der Europäischen Kommission, den Bodenschutz in der gesamten Europäischen Union zu vereinheitlichen, steht anscheinend kurz vor dem Aus. Einige EU-Staaten, darunter auch Deutschland, wollen im Rat gegen den Vorschlag stimmen. Damit wäre eine Verabschiedung der Richtlinie zunächst unmöglich.

Die Europäische Kommission hatte vorgeschlagen, dass die Mitgliedstaaten Schutzgebiete ausweisen müssen, in denen die Bodenqualität zu verbessern ist. Das Ausmaß der Anstrengung bliebe allerdings ihnen überlassen. Ich sehe darin einen besonderen Nachteil für Staaten mit bereits anspruchsvoller Bodengesetzgebung. Deutschland hat bereits im europäischen Vergleich eine hervorragende Stellung im Bodenschutz. Mit der neuen Rahmenrichtlinie würde Brüssel uns zwingen, unsere bewährten Maßnahmen mit weiterer Bürokratie zu belasten, ohne gezwungenermaßen den Bodenschutz tatsächlich zu verbessern.

Im Europäischen Parlament stieß der Vorschlag von vorne herein auf große Kritik. Mitte November wurde die Richtlinie in Straßburg zwar bestätigt, jedoch stimmten etwa 230 Abgeordnete aus verschiedenen Mitgliedstaaten (darunter Deutschland, Tschechien, Niederlande, Großbritannien), größtenteils Mitglieder der EVP-ED Fraktion, für eine Ablehnung der Richtlinie. Sie treten aus Gründen der Subsidiarität für das System der offenen Koordinierung ein. Dabei vermittelt die Kommission "gute nationale Gesetzgebung" in Staaten ohne Bodengesetzgebung. Dieses deutliche Signal aus dem Europäischen Parlament ist im Rat anscheinend angekommen.

Es bleibt nun abzuwarten, wie die sich die Umweltminister der verschiedenen EU-Mitgliedstaaten Ende dieser Woche auf ihrer Tagung in Brüssel festlegen werden.

## Aus den Europäischen Institutionen

### **EU beschließt Öffnung der Grenzen zu neuen EU-Staaten**

Mitte November hat sich das Europäische Parlament dafür ausgesprochen, den Schengenraum zu erweitern und damit die Personenkontrollen zu den Ländern Slowenien, Tschechien, Slowakei, Polen, Estland, Lettland, Litauen und Malta abzuschaffen. Dieser Entscheidung haben auch die Innenminister der einzelnen EU-Mitgliedstaaten Anfang Dezember zugestimmt.

Ab dem 21. Dezember 2007 werden Reisende zwischen den "alten" und den "neuen" Schengen-Staaten an den Grenzen nicht mehr kontrolliert. Unsere Nachbarländer haben sich in den letzten Monaten erheblich bemüht, die Schengen-Standards zu erreichen. Die Probleme, die eine solche Grenzöffnung mit sich bringt, dürfen jedoch nicht vernachlässigt werden. Nun ist es wichtig, die Zusammenarbeit zwischen der Polizei in den Mitgliedstaaten zu verstärken und der EU-Grenzagentur Frontex mehr Kompetenzen zu übertragen, um eine neutrale und gründliche Sicherung der Grenzen zu gewährleisten.

[http://www.bmi.bund.de/cln\\_028/nn\\_122688/Internet/Content/Themen/Bundespolizei/DatenundFakten/Ueberblick\\_\\_Schengen\\_\\_Erweiterung.html](http://www.bmi.bund.de/cln_028/nn_122688/Internet/Content/Themen/Bundespolizei/DatenundFakten/Ueberblick__Schengen__Erweiterung.html)

### **EU-Reformvertrag**

Ende Oktober haben die Staats- und Regierungschefs in Lissabon eine Übereinkunft über den EU-Grundlagenvertrag erzielt. Nach der Klärung der letzten offenen Fragen ist der Weg nun frei für ein demokratischeres, effizienteres und handlungsfähigeres Europa. Nach dem mittlerweile seit sechs Jahren laufenden Verfassungsprozess ist ein erfolgreicher Abschluss mehr als notwendig gewesen. Viele Inhalte aus dem ehemaligen Verfassungsvertrag sind in dem neuen Reformvertrag übernommen worden. Die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens stärkt die Position des Europäischen Parlaments. Die von der deutschen Ratspräsidentschaft geleistete Vorarbeit hat sich damit ausgezahlt. Formell unterzeichnet werden soll der Reformvertrag diese Woche in Lissabon.

EU-Reformvertrag, einschließlich Präambel, Protokolle und Erklärungen unter:

[http://www.consilium.europa.eu/cms3\\_fo/showPage.asp?id=1317&lang=DE&mode=g](http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1317&lang=DE&mode=g)

### **Feierliche Proklamation der EU-Grundrechtecharta**

Die EU-Grundrechtecharta ist letzte Woche durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und der amtierenden Ratspräsidentschaft im Europäischen Parlament in Straßburg feierlich unterzeichnet worden. Damit erhält sie nach fast 8-jähriger Beratungszeit Rechtsverbindlichkeit. Die europäischen Bürger können sich in 25 von 27 Mitgliedstaaten direkt auf ihre Grundrechte berufen. Auch die europäischen Institutionen selbst sind somit gerichtlich kontrollierbar an diese Werteorientierung gebunden, die auf dem christlichen Menschenbild fußt.

### **EU Abfallrahmenrichtlinie**

Die Umweltminister der EU-Mitgliedstaaten haben eine politische Einigung zur Abfallrahmenrichtlinie erzielt. Insgesamt sieht der Ratsbeschluss eine Stärkung der nationalen Entsorgungsstrukturen für Haushaltsabfälle vor. Umstritten waren insbesondere die Definition von „Verwertung“ und die Abgrenzung zu „Beseitigung“. Danach haben die Mitgliedstaaten unter anderem das Recht, Abfallimporte aus anderen EU-Staaten zu verhindern, wenn sie anderenfalls Probleme bekommen, ihren eigenen Abfall der Verwertung zuzuführen. Vereinbart wurde auch, dass Hausmüll in jedem Fall als „Beseitigungsmüll“ und nicht als „Verwertungsmüll“ anzusehen ist. Damit gelten strengere Regeln für die Entsorgung. Der ursprüngliche Kommissionsentwurf wird nun entsprechend der politischen Einigung geändert und dem Parlament zugeleitet. Der Kompromisstext ist in deutscher Sprachversion abrufbar unter <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10804-ad01.de07.pdf>

### **Europäische Kommission kündigt Weißbuch zum Klimawandel an**

Im Rahmen der Veröffentlichung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für das Jahr 2008 und nach Abschluss des Konsultationsverfahrens über ein Grünbuch Ende November 2007 hat die EU-Kommission die Veröffentlichung eines Weißbuchs zum Klimawandel angekündigt. Der Klimawandel wird laut Arbeitsprogramm eine der wichtigsten Prioritäten der Europäischen Kommission darstellen. Nach deren Meinung ist eine Reihe von Politikfeldern gefragt, sich den Entwicklungen bezüglich des Klimawandels anzupassen. Sie nennt hier insbesondere die Bereiche der Gesundheitspolitik, der Landwirtschaftspolitik, der Fischereipolitik, der Biodiversität, der Energiepolitik sowie der Industrie-, Forschungs- und Tourismuspolitik. Das Weißbuch soll diejenigen Bereiche identifizieren, in denen Veränderungen notwendig sind.

### **Pflicht zur Flächenstilllegung wird aufgehoben**

Die Stilllegungspflicht für Getreideanbauflächen wird für 2008 ausgesetzt. Nach Vorlage eines entsprechenden Vorschlags der Europäischen Kommission entschieden die EU-Agrarminister in ihrer Sitzung Ende September über diese Maßnahme. Ich begrüße diesen ersten Schritt, denn die Nachfrage nach Getreide und Getreideprodukten hat in den letzten Monaten stark zugenommen. Auf diese Weise besteht für die heimischen Landwirte eine zusätzliche Einkunftsmöglichkeit. Dennoch reicht diese einjährige Aussetzung der Flächenstilllegungspflicht noch nicht aus. Ziel muss es sein, die Flächenstilllegung in Zukunft vollständig abzuschaffen, um nicht nur einen Beitrag zum Bürokratieabbau zu leisten, sondern auch zu gewährleisten, dass der steigenden Nachfrage nachgekommen werden kann.

## Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

### **Schulmilch**

Die EU-Vorschriften zur Schulmilch sind modernisiert worden. Der Beihilfesatz wurde einheitlich für alle Milch Kategorien auf 18,15 EUR je 100 kg festgesetzt, unabhängig vom Fettgehalt. Damit wurde eine noch aus der Nachkriegszeit stammende Regelung abgelöst. Diese Neuregelung wird faktisch dazu beitragen, dass Schulkinder künftig auch fettarme Milchprodukte konsumieren. Das ist sinnvoll in einer Zeit, in der Übergewicht zu einem großen Problem für die öffentliche Gesundheit wird und der Konsum von Fett aus Milchprodukten nicht zuletzt auch bei Schulkindern reduziert werden muss. Die Schulen können künftig selbst entscheiden, welche Art von Milch sie ausgeben wollen. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1404&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### **Wohin fließen die EU-Gelder?**

Im Oktober hat das Europäische Parlament zugestimmt, für mehr Transparenz bei den Agrar-Ausgaben zu sorgen. Eine Internetplattform soll den Zugriff auf diese Daten jährlich jeweils im darauf folgenden Haushaltsjahr ermöglichen. Diese Entscheidung kann ich nur außerordentlich begrüßen. Die EU-Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht zu wissen, wohin EU-Gelder fließen. Dies darf aber nicht nur für Agrarbeihilfen gelten, sondern sollte auf sämtliche EU-Gelder ausgeweitet werden. Hintergrund der Offenlegung ist die Transparenzinitiative der Europäischen Kommission, die allumfassende Aufklärung geben soll.

### **Überprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik**

Ende November fand im Europäischen Parlament eine Anhörung zum so genannten "Health Check" statt. Die Europäische Kommission hat einen Entwurf für eine Vereinfachung und weitere Modernisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union vorgelegt. Bei diesem Gesundheitscheck soll überprüft werden, ob die GAP optimal aufgestellt ist, um die zukünftigen Herausforderungen und Chancen einer EU mit 27 Mitgliedstaaten zu meistern. Die Ziele sind, Betriebsprämien wirksamer, effizienter und einfacher zu gestalten, die Marktstützungsinstrumente an die geänderten Umweltbedingungen anzupassen sowie auch neue Herausforderungen wie Biokraftstoffe, Wasserwirtschaft und Klimawandel zu berücksichtigen. Seit Ende November läuft ein 6-monatiges Konsultationsverfahren, auf Basis der Ergebnisse wird die Kommission dann im Frühjahr 2008 Legislativvorschläge vorlegen.

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007\\_0722de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0722de01.pdf)

## Landwirtschaft, Umwelt, Verbraucherschutz

### **SMS-Gebühren**

Auch die grenzüberschreitende Versendung von SMS soll billiger werden. Nach einem Bericht der Financial Times Deutschland soll die zuständige Kommissarin Viviane Reding angekündigt haben, nach der erfolgten Absenkung der Handygebühren nun auch die grenzüberschreitende Versendung von Textnachrichten (SMS) zu regulieren, wenn die Anbieter das Problem nicht selbst lösen.

### **Roaming**

Die Europäische Kommission hat die Roamingtarife der Mobilfunkbetreiber veröffentlicht. Für Nutzer, die im europäischen Ausland mobil telefonieren, sind die ersten Ergebnisse recht positiv: In 23 der 27 EU-Mitgliedstaaten bietet zumindest ein Mobilfunkbetreiber Roamingtarife unter den durch die Verordnung gesetzten Höchstgrenzen an. Danach dürfen die Roamingentgelte für im EU-Ausland getätigte oder entgegengenommene Anrufe pro Minute nicht mehr als 0,49 bzw. 0,24 Euro netto betragen. Die Tabelle der Roamingtarife ist abrufbar unter

[http://ec.europa.eu/information\\_society/activities/roaming/implementation/benchmark/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/activities/roaming/implementation/benchmark/index_en.htm)

## Wirtschaft, Energie, Verkehr

### Fußgängerschutz

Pkws sollen ab 2009 mit einem Bremsassistenzsystem ausgestattet sein. Das hat die Kommission zum Schutze der Fußgänger für neu zugelassene Pkws vorgeschlagen. Mit dem Bremsassistenzsystem lässt sich der Bremsweg eines Fahrzeugs bei einer Notbremsung beträchtlich verringern. Das System erkennt, dass der Fahrer zwar rasch reagiert, aber nicht energisch genug gebremst hat, und verstärkt automatisch die Bremskraft. Dadurch können Zusammenstöße mit Fußgängern vollkommen vermieden werden bzw. würden bei einer weitaus geringeren Geschwindigkeit erfolgen. Die Kosten betragen pro Fahrzeug ca. 85 €. Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1453&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### Meisterberufe

Die deutschen Meisterbriefe werden künftig EU-weit als „Diplom“ gewertet. In der fünfstufigen EU-Berufsanerkennungsrichtlinie werden die Meisterberufe in Stufe 3 eingestuft und damit als Spitzenabschlüsse bestätigt. Folgende fünf Niveaustufen werden im EU-Schema zur Unterscheidung von Berufsabschlüssen genannt:

Stufe 1 – Befähigungsnachweis;

Stufe 2 – Prüfungszeugnis Berufsausbildung, Sekundarstufe;

Stufe 3 – Diplom kurzer Ausbildungsgang;

Stufe 4 – Diplom langer Ausbildungsgang;

Stufe 5 – Hochschuldiplom

Weitere Einzelheiten unter

<http://www.zdh.de/europapolitik/eu-news/eu-erkennt-meisterbrief-als-spitzenqualifikation-an.html>

### EU Portal für Unternehmen

Ein neues Internetportal liefert Informationen für Unternehmer. Unter dem Motto „Europa für Sie – Dialog mit Unternehmen“ gibt es für grenzüberschreitende Unternehmen praxisnahe Informationen über Eintragung von Unternehmen, öffentliches Auftragswesen, Steuerrecht, Unternehmensregister, Finanzierungsmöglichkeiten sowie zum Arbeitsrecht in den einzelnen Mitgliedstaaten.

[http://ec.europa.eu/youreurope/index\\_de.html#](http://ec.europa.eu/youreurope/index_de.html#)

### Energie-Effizienz

Bürogeräte im öffentlichen Bereich müssen künftig energieeffizient sein. Das Parlament hat eine neue Version des so genannten „Energie Sterne Programms“ angenommen. Es verpflichtet die Mitgliedstaaten, Energieeffizienzstandards bei der Anschaffung von Bürogeräten auch im Bereich des öffentlichen Auftragswesens einzuhalten. Es ist das erste Mal, das „Energieeffizienzkriterien zur technischen Büroausstattung“ im öffentlichen Auftragswesen eine Rolle spielen. Weitere Informationen unter

<http://www.eu-energystar.org>.

<http://www.eu-energystar.org/de/index.html>

## Wirtschaft, Energie, Verkehr

### Telekom-Reformpaket

Der Telekombinnenmarkt soll umfassend neu geregelt werden. Die Bürger sollen unabhängig vom Wohn- oder Aufenthaltsort innerhalb der EU schneller, preiswerter und sicherer surfen, fernsehen oder telefonieren können. Das „Telekom-Reformpaket“ der Kommission vom 13.11.2007 enthält u. a. folgende Vorschläge:

- neue Frequenzen für drahtlose Breitbanddienste
- Anspruch auf Wechsel des Telekomanbieters innerhalb eines Tages;
- Klarheit bei Tarifen und Preisen für Telekom-Dienstleistungen;
- einheitlicher europäischer Notruf 112;
- bessere Bekämpfung von Spam, Viren und anderen Angriffen
- Stärkung der Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden.

Die Pressemitteilung der Kommission vom 13.11.2007 zum Reformpaket unter <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1677&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### Digitale Dividende

Der ländliche Raum soll von der Umstellung vom analogen auf das digitale Fernsehen profitieren. Die Europäische Kommission will mit ihrem Telekom-Reformpaket auch die „digitale Kluft“ überwinden, indem sie Frequenzen für drahtlose Breitbanddienste in jenen Gebieten zur Verfügung stellt, in denen die Verlegung neuer Glasfaserleitungen zu teuer ist. Derzeit sind z. B. in Deutschland die Städte zu 99%, das Land aber nur zu 59 % mit Breitbandzugängen versorgt. Aus der Umstellung vom analogen auf das digitalen Fernsehen ergeben sich freie Frequenzen, weil herkömmliches Fernsehen sechsmal so viele Funkfrequenzen beansprucht wie das digitale. Diese Frequenzen sollen für drahtlose Breitbanddienste in den Gegenden zur Verfügung gestellt werden.

### Breitbandentwicklung

Mitte September wurde von der Europäischen Kommission ein Bericht zur Breitbandentwicklung vorgelegt. Demnach ist DSL mit etwa 72,5 Millionen Anschlüssen nach wie vor die wichtigste Breitbandtechnik in der Europäischen Union. Allerdings ist das Wachstum gegenüber Juli 2006 um 6,1 % zurückgegangen, während alternative Technologien wie Glasfaserleitungen bis zum Kunden und drahtlose Teilnehmeranschlüsse mit insgesamt 17,7 Millionen Anschlüssen stärker genutzt wurden.

Leider gibt es in dem Bericht keine Zahlen über die Entwicklung auf Landkreisebene. Es bleibt fraglich, ob es eine wachsende Kluft zwischen städtischen und ländlichen Gebieten auch in Deutschland gibt.

Die Pressemitteilung unter

<http://www.europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1492&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

## EU-Erweiterung

### **Kroatien in entscheidender Phase der Beitrittsverhandlungen**

Der Anfang November veröffentlichte jährliche Fortschrittsbericht Kroatiens im Zuge der Beitrittsverhandlungen zeigt, dass sich das Land mittlerweile in der entscheidenden Phase der Verhandlungen befindet. Kroatien erlangte in den letzten Jahren ein hohes Wirtschaftswachstum und makroökonomische Stabilität. Der Beitrittskandidat erfüllt problemlos die politischen Kriterien für den Beitritt und stärkt stetig seine Demokratie. Zwar existieren derzeit noch ein paar wenige Defizite, besonders im Justizbereich und im Kampf gegen die Korruption, dennoch begrüßt die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament die Fortschritte, die Kroatien in letzter Zeit erreicht hat. Es wird erwartet, dass Kroatien noch vor 2010 Mitglied der Europäischen Union wird. Der Fortschrittsbericht ist (auf Englisch) abrufbar unter

[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2007/nov/croatia\\_progress\\_reports\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/croatia_progress_reports_en.pdf)

Inoffizielle Übersetzung unter

[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2007/nov/croatia\\_progress\\_reports\\_courtesy\\_transl\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/croatia_progress_reports_courtesy_transl_de.pdf)

### **Türkei: Vollmitgliedschaft nicht wünschenswert**

Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union ist auf absehbare Zeit nicht realistisch und wünschenswert. Der Anfang November von der Europäischen Kommission vorgelegte Fortschrittsbericht listet zahlreiche Defizite auf, insbesondere im Bezug auf die Rechte nicht-muslimischer Religionsgemeinschaften oder zahlreiche Fälle von Selbstzensur. Seit Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahr 2005 habe der Reformeifer deutlich nachgelassen. Dort, wo europäische Werte in der Praxis gelebt werden sollen, bekommt die Türkei ein unzureichendes Zeugnis.

Fortschrittsbericht (in Englisch) unter:

[http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key\\_documents/2007/nov/turkey\\_progress\\_reports\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2007/nov/turkey_progress_reports_en.pdf)

## Kommunales

### Städtischer Nahverkehr

Die Europäische Kommission hat ein Grünbuch zum innerstädtischen Verkehr vorgelegt. Darin werden die größten Herausforderungen zu Verbesserung der Qualität des innerstädtischen Verkehrs aufgezeigt. Nach der Vorstellungen der Kommission sollen u. a. Carpooling und Carsharing gefördert werden. Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Ausbau von Fahrradwegen soll dazu beitragen, dass es weniger Staus und damit auch weniger Umweltbelastungen geben wird. Zur Finanzierung wird angekündigt, die Ausweitung des Anwendungsbereichs der „Eurovignetten-Richtlinie“ durch Einführung einer städtischen Dimension zu prüfen, um die Erhebung Straßengebühren für Fahrzeuge und Infrastrukturen aller Art zu ermöglichen.

Mit dem Grünbuch wird ein umfassendes Konsultationsverfahren eingeleitet, das am 15. März 2008 endet. Der Aktionsplan und die zugehörige Folgenabschätzung werden im Frühherbst 2008 veröffentlicht.

Das Grünbuch (25 Seiten) vom 25.9.2007 „Hin zu einer neuen Kultur der Mobilität in der Stadt“ ist veröffentlicht unter

[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007\\_0551de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0551de01.pdf)

Zu den 25 im Grünbuch gestellten Fragen können insbesondere auch die Kommunen bis zum 15. März 2008 eine Stellungnahme an folgende E-Mail-Adresse übermitteln: [tren-urbantransport@ec.europa.eu](mailto:tren-urbantransport@ec.europa.eu)

Die Pressemitteilung der Kommission unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/07/379&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

### Bürokratieabbau

Die (kommunale) Wirtschaft kann per online Vorschläge zum EU-Bürokratie-Abbau vorlegen. Diesem Ziel dient eine neue eingerichtete Website, mit der per Online-Befragung (kommunale) Unternehmen um Vorschläge für den Abbau bürokratischer Hindernisse und Verbesserungsvorschläge gebeten werden. Die Online-Befragung konzentriert sich auf Informationen, die Unternehmen in der EU Behörden oder privaten Stellen erteilen müssen: Informationen für amtliche Registereintragungen, Zertifizierungen, Inspektionen, Beihilfen, statistische Formulare, Energielabels für Verbraucher oder Berichte an Anteilseigner usw. Das Formular ist unter

[http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/form\\_de.htm](http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/form_de.htm) abrufbar.

Die Kommission prüft jeden Vorschlag und veröffentlicht alle drei Monate eine Zusammenstellung und eine Auswertung unter

[http://www.mediafactory.be/cut25/reports\\_de.htm](http://www.mediafactory.be/cut25/reports_de.htm).

Neben dem Start dieser neuen Online-Befragung hat die Kommission eine Studie in Auftrag gegeben, mit der die Kosten ermittelt werden sollen, die durch EU-Vorschriften und ihre Umsetzung auf nationaler Ebene entstehen. Die Ergebnisse der Studie werden für Ende 2007 erwartet

## Kommunales

### Europa wird kommunaler

Der "Vertrag von Lissabon", der in der letzten Woche feierlich unterzeichnet wurde, enthält für die Kommunen wichtige Festlegungen. Dazu zählen u. a.:

- die ausdrückliche Erwähnung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung als Bestandteil der mitgliedstaatlichen Identität, die die Union zu achten hat;
- die ausdrückliche Einbeziehung der regionalen und lokalen Ebene in das von der Union zu beachtende Subsidiaritätsprinzip;
- die Konkretisierung des Subsidiaritäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzips durch ein entsprechendes Protokoll zur Anwendung dieser Grundsätze;
- die Verpflichtung der Organe der Union zum "offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden" und zu umfangreichen Anhörungen;
- die Stärkung des Ausschusses der Regionen durch ein Klagerecht vor dem Europäischen Gerichtshof bei Verstößen gegen das Subsidiaritätsprinzip.

Dem EU-Vertrag wurde zudem ein Protokoll über die Dienste von allgemeinem Interesse beigefügt, in dem der weite Ermessensspielraum der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in der Frage der Erbringung von Dienst von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse ausdrücklich hervorgehoben wird.

### Vergabeverfahren – Einspruchsrechte

Das Parlament hat die Einspruchsrechte unterlegener Bieter ausgebaut. Nach der verabschiedeten Richtlinie müssen die Vergabebehörden zwischen der Zuschlagsentscheidung und der eigentlichen Vertragsunterzeichnung mindestens 10 Tage verstreichen lassen. Wird die Stillhaltefrist nicht eingehalten, schreibt die Richtlinie den Gerichten unter bestimmten Voraussetzungen vor, dass sie einen unterzeichneten Vertrag für „unwirksam“ erklären und aufheben müssen.

In den Fällen von freihändiger Vergabe öffentlicher Aufträge erhalten die einzelstaatlichen Gerichte die Möglichkeit, die Verträge für unwirksam zu erklären. Wenn die Vertragsaufhebung nach Auffassung des Gerichts aus Gründen des Allgemeininteresses nicht möglich ist, müssen Sanktionen verhängt werden, z.B. eine Verkürzung der Laufzeit des Vertrags oder die Verhängung von Strafgeldern gegen die Vergabebehörde.

Für Aufträge, die auf der Grundlage von Rahmenvereinbarungen oder im Rahmen dynamischer Beschaffungssysteme vergeben werden, wo zügige Abwicklung und Effizienz besonders wichtig sein können, sieht die Richtlinie einen speziellen Nachprüfungsmechanismus vor. Bei dieser Art von Aufträgen können die Mitgliedstaaten die Stillhalteverpflichtung durch ein dem Vertragsabschluss nachgelagertes Nachprüfungsverfahren ersetzen. Weitere Einzelheiten unter

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1700&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zu der Überarbeitung der Vergaberichtlinie siehe unter

[http://ec.europa.eu/internal\\_market/publicprocurement/remedies/remedies\\_de.htm](http://ec.europa.eu/internal_market/publicprocurement/remedies/remedies_de.htm)

## Kommunales

### **Güterverkehrslogistik- Stadt**

Die Europäische Kommission hat für 2008 einen Aktionsplan für die Güterverkehrslogistik in Städten angekündigt, der Aspekte der Raumordnung, Umweltbelange und Verkehrsmanagement berücksichtigen soll. Dafür wird die Kommission den Erfahrungsaustausch von Vertretern städtischer Gebiete fördern und Empfehlungen für vorbildliche Verfahrensweisen für die Stadtverkehrslogistik, einschließlich Güterlieferungen und Lieferfahrzeugen, ausarbeiten. Überregional ist die Konzentration von Langstreckentransporten auf so genannten „grünen Korridoren“ (Langstreckenkorridore) vorgesehen, bei denen verschiedene Verkehrsträger (Kurzstreckenseeverkehr, Schiene, Binnenwasserstraßen und Straße) miteinander kombiniert werden sollen, um eine integrierte und umweltfreundliche Güterbeförderung zu gewährleisten. Langfristig beabsichtigt die Kommission, den Ausbau eines dem Güterverkehr gewidmeten Schienennetzes. Der Aktionsplan Güterlogistik findet sich im Internet unter [http://ec.europa.eu/transport/logistics/freight\\_logistics\\_action\\_plan/doc/action\\_plan/2007\\_com\\_logistics\\_action\\_plan\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/transport/logistics/freight_logistics_action_plan/doc/action_plan/2007_com_logistics_action_plan_de.pdf)

## Förderung und Termine

### **Jugend in Aktion**

Das offizielle Handbuch für das Programm "Jugend in Aktion" ist jetzt auch in deutscher Sprache erschienen. Im Anhang des Leitfadens finden sich spezifische Hinweise für die Programmumsetzung in Deutschland. Das Handbuch sowie die Antragsformulare zu den einzelnen Aktionsbereichen sind abrufbar unter

<http://www.jugend-in-aktion.de/service/downloads/>

### **Neue Broschüre zu EU-Förderprogrammen**

Für Anfänger gibt es eine Zusammenfassung der EU-Förderprogramme. Die Broschüre „Neue Fonds, bessere Regeln“ stellt eine Übersicht der neuen Finanzregeln und Fördermittel zusammen und ist speziell für Anfänger gedacht. Der Ratgeber enthält Tipps zur Antragsstellung und eine Übersicht der Programme sowie Adressen möglicher Ansprechpartner bei Problemen. „Neue Fonds, bessere Regeln – Ein Vademekum für Anfänger“ als pdf unter:

[http://ec.europa.eu/budget/library/publications/financial\\_pub/pack\\_rules\\_funds\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/budget/library/publications/financial_pub/pack_rules_funds_de.pdf)

### **Europa für Bürgerinnen und Bürger**

Es gibt einen Leitfaden für das Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Der Leitfaden stellt nicht nur das Programm ausführlich dar, sondern ist zugleich ausdrücklich die Aufforderung, entsprechende Anträge zu stellen. Er enthält alle notwendigen Informationen für die Einreichung eines Antrags sowie den entsprechenden Link zu den verschiedenen auszufüllenden Formularen. Er nennt die wiederkehrenden Fristen für die Einreichung von Anträgen im Rahmen der verschiedenen Aktionen und Maßnahmen. Der Programmleitfaden (deutsch, 115 Seiten) unter

[http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/guide/documents/programme\\_guide\\_de.pdf](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/guide/documents/programme_guide_de.pdf)

### **Städtepartnerschaften**

Fördermittel für Städtepartnerschaften können online beantragt werden, allerdings müssen die Anträge bis Ende 2008 zusätzlich noch in Papierform „nachgereicht“ werden. Ziel ist es, im Laufe der aktuellen Förderperiode bis 2013 ganz von den Papieranträgen wegzukommen und nur noch per elektronische Übermittlung zu arbeiten. Der Leitfaden für Antragsteller im Internet unter

[http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index\\_de.htm](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/index_de.htm)

Die für den Zeitraum vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 2007 bereits ausgewählten Kommunalpartnerschaftsprojekte sind veröffentlicht unter

[http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/action1/towntwinning/documents/select\\_p3\\_07.pdf](http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/action1/towntwinning/documents/select_p3_07.pdf)

## Regionales

### **"Münsterland Marketing" soll den Forschungsstandort Münsterland stärken**

Eine zentrale Aufgabe der neuen "Münsterland Marketing", Nachfolgeorganisation der "Aktion Münsterland", muss die Stärkung des Forschungsstandorts Münsterland sein. Dazu zählt u. A., den Technologietransfers zwischen Hochschulen und Unternehmen zu intensivieren sowie nach außen offensives Marketing für den Forschungsstandort Münsterland zu betreiben. Die Münsterland-Marketing bietet die ideale Plattform, entsprechende Aktivitäten der Hochschulen, Gebietskörperschaften und Kammern zu koordinieren. Ich sehe im NRW-Landesvergleich noch erhebliches Aufholpotenzial für die wirtschaftsnahe Forschung der Unternehmen und Hochschulen unserer Region. Die Forschungsprogramme innerhalb des 7. Forschungsrahmenprogramms sind deutlich stärker auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet, was der mittelständischen Struktur des Münsterlandes deutlich entgegenkommt.

<http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm>

### **Arbeit für das Münsterland**

Bei meiner Arbeit in Straßburg und Brüssel möchte ich die Interessen des Münsterlandes stärken. Dazu beispielhaft einige regionale Aktivitäten/Ortstermine der vergangenen Wochen:

- Pressekonferenz zum Abschluss dt. Ratspräsidentschaft in Münster
- Fachhochschule in Münster, Europäische Forschungsförderung, Beteiligung der regionalen Hochschulen und Unternehmen
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Osnabrück, Internationale Förderung von Umweltprojekten
- EU-Bildungskongress der Handwerkskammer in Münster
- Schweinemastbetrieb in Raesfeld, EU-Tierseuchenstrategie
- Europatag in Münster, Diskussionen mit Schülerinnen und Schülern zu Europafragen
- VHS und Mariengymnasium Warendorf, Diskussion "Perspektive Europa"
- Feuerwehr in Lotte, Jubiläum, Europäischer Zivil- und Katastrophenschutz
- Bürgergemeinschaft in Lotte, Diskussion "Europa wächst zusammen"
- Partnerschaftsfest und Rockfestival in Emsdetten
- 20 Jahre Städtepartnerschaft Lüdinghausen/Taverny in Lüdinghausen
- Betriebsbesuch Konrad Pumpe in Sendenhorst, Bioenergie
- Betriebsbesuch Windhoff in Rheine, Europäische Ausschreibungen
- Betriebsbesuch Seilerei Hölscher, Horstmaar-Leer, Import-/Exportbürokratie, Mindestlöhne
- Vorträge/Arbeitsgespräche u. a. bei kommunalen Einrichtungen und CDU-Verbänden in Dülmen, Olfen, Steinfurt, Havixbeck, Münster-Nienberge, Greven, Warendorf, Ibbenbüren, Lienen, Ostbevern, Wettringen

## Regionales

### **Zu Besuch in Straßburg und Brüssel**

Folgende Besuchergruppen waren bei mir in den letzten Wochen zu Besuch im Europäischen Parlament in Brüssel bzw. Straßburg:

- CDU Münster-Hiltrup
- Abordnung Kreistag Steinfurt
- CDU Mettingen
- Camping-Club Münster e.V. im ADAC
- Katholisches Bildungswerk Osterwik/Rosendahl
- Jungkolping Mettingen
- Junge MIT NRW
- CDU-Interessierte aus dem Münsterland
- ESTA-Bildungswerk Münster

Bilder der Gruppen finden Sie auf meiner Homepage: [www.markus-pieper.eu](http://www.markus-pieper.eu)

## Zu guter Letzt ...

### **Opferrente für politische Häftlinge in der DDR**

Nach Verabschiedung durch den Bundestag und Billigung durch den Bundesrat wurde am 29. August 2007 das "Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR" im Bundesgesetzblatt verkündet. Wer in der DDR aus politischen Gründen mindestens sechs Monate inhaftiert war und unterhalb einer bestimmten Einkommensgrenze liegt, erhält monatlich 250 Euro. Diese Regelung entspricht der Systematik der bestehenden Entschädigungsregelungen für andere Opfergruppen, insbesondere der für Verfolgte des NS-Regimes. Das verabschiedete Gesetz sieht außerdem vor, die Fristen für Anträge auf Rehabilitation nochmals bis Ende 2011 zu verlängern.

Das Netzwerk für Stasiopfer Selbsthilfegruppen unter der Leitung von Harry Hinz, selbst Opfer des SED-Regimes, wird von Politikern der CDU und der SPD unterstützt. Es umfasst bislang zwanzig Selbsthilfegruppen bundesweit und steht Betroffenen weltweit mit Rat und Tat zur Seite.

#### Kontakt:

Harry Hinz  
Netzwerk für Stasiopfer Selbsthilfegruppen  
Stasiopfer Selbsthilfegruppe Steinfurt  
Niederdorf 2  
D - 49492 Westerkappeln  
Tel.: 05404/918386  
Email: [Kuehne107hinz244@aol.com](mailto:Kuehne107hinz244@aol.com)  
[www.stasiopfer-selbsthilfe.de](http://www.stasiopfer-selbsthilfe.de)

### **Informationsnetzwerk "EUROPE DIRECT"**

EuropeDirect ist das Informationsnetzwerk der Europäischen Kommission für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger. Es gibt mittlerweile über 450 solcher EuropeDirect Informationsstellen in den EU-Mitgliedsländern. Fragen können direkt vor Ort in einer der 54 deutschen EU-Infostellen, per Internet oder unter der gebührenfreien Telefon-Nummer 00 800 6 7 8 9 10 11 gestellt werden. Fremdsprachenkenntnisse sind nicht erforderlich, der Service wird in allen Amtssprachen angeboten.

[http://ec.europa.eu/europedirect/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/europedirect/index_de.htm)